

Der Proletarier

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Postfachkonto: Nr. 358 15, Postfachamt Hannover.

Verlag von H. Brep.
Druck von G. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prall, Hannover.
Redaktionschluss: Freitag morgen 9 Uhr.

Redaktion und Expedition:
Hannover, Nikolaistr. 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß Nord 3002.

Diese Zeitung erscheint
jede Woche Samstags.
Preis monatlich durch
die Post bezogen 200 M.
Eingetragen in die Post-
zeitungsliste Nr. 6482.

Anzeigenpreis:
Arbeitsvermittlungs-
Anzeigen 600 Mt., Zahl-
stellen-Anzeigen 100 Mt.
für die 3 gepalt. Zeilen.
Geschäftsanzeigen werden
nicht angenommen.

Neue Beitrags- und Unterstützungssätze.

Im „Proletarier“ Nr. 18 vom 5. Mai sind zum letzten Male die den Löhnen angepassten Beitrags- und Unterstützungssätze veröffentlicht. Heute bringen wir die seit dieser Zeit eingetretenen Änderungen zur Kenntnis der Gesamtmitgliedschaft in der Erwartung, daß sie selbst mit Sorge tragen, sich vor den Nachteilen zu niedriger Unterstützungssätze zu schützen.

Erwerbslosen-Unterstützung.

Wochenbeiträge	pro Tag	Höchstsumme innerhalb 65 Wochen	pro Tag	Höchstsumme innerhalb 65 Wochen	pro Tag	Höchstsumme innerhalb 65 Wochen
2500 Mt. Beitrag						
52	30	1250	37 500	1300	39 000	1400
156	42	1250	52 500	1300	54 600	1400
260	48	1250	60 000	1300	62 400	1400
416	54	1250	67 500	1300	70 200	1400
520	60	1250	75 000	1300	78 000	1400
624	72	1250	90 000	1300	93 600	1400
3000 Mt. Beitrag						
52	30	1500	45 000	1600	48 000	1750
156	42	1500	63 000	1600	67 200	1750
260	48	1500	72 000	1600	76 800	1750
416	54	1500	81 000	1600	86 400	1750
520	60	1500	90 000	1600	96 000	1750
624	72	1500	108 000	1600	115 200	1750
3800 Mt. Beitrag						
52	30	1900	57 000	2000	60 000	2250
156	42	1900	79 800	2000	84 000	2250
260	48	1900	91 200	2000	96 000	2250
416	54	1900	102 600	2000	108 000	2250
520	60	1900	114 000	2000	120 000	2250
624	72	1900	136 800	2000	144 000	2250
5000 Mt. Beitrag						
52	30	2500	75 000	2750	82 500	3000
156	42	2500	105 000	2750	115 500	3000
260	48	2500	120 000	2750	132 000	3000
416	54	2500	135 000	2750	148 500	3000
520	60	2500	150 000	2750	165 000	3000
624	72	2500	180 000	2750	198 000	3000
6500 Mt. Beitrag						
52	30	3250	97 500	3500	105 000	3500
156	42	3250	136 500	3500	147 000	3500
260	48	3250	156 000	3500	168 000	3500
416	54	3250	175 500	3500	189 000	3500
520	60	3250	195 000	3500	210 000	3500
624	72	3250	234 000	3500	252 000	3500

Streik- und Gemafregelten-Unterstützung.

Wochenbeiträge	2500 Mt. Beitrag	3000 Mt. Beitrag	3800 Mt. Beitrag	5000 Mt. Beitrag	6500 Mt. Beitrag
13-26	30 000	31 200	33 600	36 000	42 000
26-52	45 000	46 800	50 400	54 000	63 000
über 52	60 000	62 400	67 200	72 000	84 000

Wochenbeiträge	4000 Mt. Beitrag	5000 Mt. Beitrag	6000 Mt. Beitrag	7000 Mt. Beitrag
13-26	48 000	54 000	60 000	66 000
26-52	72 000	81 000	90 000	99 000
über 52	96 000	108 000	120 000	132 000

Sterbegeld.

Wochenbeiträge	2500 Mt. Beitrag	3000 Mt. Beitrag	3800 Mt. Beitrag	5000 Mt. Beitrag	6500 Mt. Beitrag	8000 Mt. Beitrag
104	37 500	39 000	42 000	45 000	48 000	52 000
156	50 000	52 000	56 000	60 000	64 000	70 000
208	62 500	65 000	70 000	75 000	80 000	87 500
260	75 000	78 000	84 000	90 000	96 000	105 000
312	87 500	91 000	98 000	105 000	112 000	123 500
364	100 000	104 000	112 000	120 000	130 000	143 000
416	112 500	117 000	126 000	135 000	144 000	157 500
468	125 000	130 000	140 000	150 000	160 000	175 000
520	137 500	143 000	154 000	165 000	176 000	192 500
624	150 000	156 000	168 000	180 000	192 000	210 000

Umzugsgeld.

Kilometer	2500 Mt. Beitrag	3000 Mt. Beitrag	3800 Mt. Beitrag	5000 Mt. Beitrag	6500 Mt. Beitrag	8000 Mt. Beitrag
20-50	37 485	38 985	41 985	44 985	47 985	52 485
50-100	37 500	39 000	42 000	45 000	48 000	52 500
100-150	37 515	39 015	42 015	45 015	48 015	52 515
150-200	37 530	39 030	42 030	45 030	48 030	52 530
200-250	37 545	39 045	42 045	45 045	48 045	52 545
über 250	37 560	39 060	42 060	45 060	48 060	52 560
Steigt in jeder Entfernungsstufe um						
Nach 260 Beitragswochen						
15 645	16 245	17 445	18 645	19 845	21 645	23 445
Steigt in jeder Entfernungsstufe um						
Nach 520 Beitragswochen						
15 645	16 245	17 445	18 645	19 845	21 645	23 445

Kilometer	4000 Mt. Beitrag	5000 Mt. Beitrag	6000 Mt. Beitrag	7000 Mt. Beitrag	8500 Mt. Beitrag	10000 Mt. Beitrag
20-50	59 985	67 485	74 985	82 485	89 985	97 485
50-100	60 000	67 500	75 000	82 500	90 000	97 500
100-150	60 015	67 515	75 015	82 515	90 015	97 515
150-200	60 030	67 530	75 030	82 530	90 030	97 530
200-250	60 045	67 545	75 045	82 545	90 045	97 545
über 250	60 060	67 560	75 060	82 560	90 060	97 560
Steigt in jeder Entfernungsstufe um						
Nach 260 Beitragswochen						
24 645	27 645	30 645	33 645	36 645	39 645	42 645
Steigt in jeder Entfernungsstufe um						
Nach 520 Beitragswochen						
24 645	27 645	30 645	33 645	36 645	39 645	42 645

Erhöhtes Eintrittsgeld und erhöhter Preis für Ersparbücher vom 1. Juli 1923 an.

Wir weisen nochmals darauf hin, daß vom 1. Juli an das Eintrittsgeld 1500 Mk. und der Preis für Ersparbücher 5000 Mk., zuzüglich Porto, beträgt. Die erhöhten Sätze treten am 1. Juli auch in den Zahlstellen in Kraft, die Mitgliedsbücher und -karten noch auf Vorrat haben.

Der Dollar steigt!

Von Robert Götz (Wilsbad).

Hörst du den Jubel, das tolle Gelächter
Auf Bänken, im lauschigen Weincafé?
Frohlockt ihr, kaltblütige Menschenschlächter,
Und seht ein Volk auf dem Totenbett?
Sie haben kein Herz und gar kein Gewissen.
Wenn der gewinnreiche Tag sich neigt,
Liegen sie traumlos in seidenen Kissen
Und haben der Welt den Erfolg gezeitigt:
Der Dollar steigt!

Hörst du das leise-herzschwere Weinen
Der deutschen Mutter in tiefer Not,
Sie hat für die Lieben hungernden Kleinen
Kein Tröpflein Milch und kein Stückchen Brot!
Die nasse Kränne auf bageren Wangen
Erzählt viel Leid, das der Mund verschweigt.
Die Zukunft so leer, das Herz voller Bangen,
Während der Teufel zum Lachen geigt:
Der Dollar steigt!

Unternehmer und wertbeständige Löhne.

Wer Gelegenheit hatte, die in den letzten Wochen unter der Arbeiterschaft einsetzende Erregung zu beobachten, als Folge der furchtbar rasch sich vollziehenden Geldentwertung, der mußte zu der Erkenntnis kommen: wenn nicht schnellstens versucht wird, durch ein Radikalmittel die furchtbare wirtschaftliche Not von den Lohn- und Gehaltsempfängern, den Sozialrentnern und dergleichen zu nehmen, dann gehen wir in absehbarer Zeit den schwersten Erschütterungen unseres Staatswesens entgegen. Und es scheint, daß sich einige der verantwortlichen Träger des Staatswesens dessen auch voll bewußt sind, sowohl was ist, als auch was notwendig ist. Die Forderung des ADGB und des Fabverbandes auf Einführung wertbeständiger Löhne fand beim Reichsarbeitsministerium Stütze. Das war auch zu erwarten, war es doch der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der anfangs des vorigen Jahres in die Diskussion über die Frage der Gleitlöhne eingriff und sie befürwortete.

Die Unternehmer haben die Gleitlöhne damals abgelehnt in einer Entschliefung, die der „Große Ausschuß der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände“ angenommen hat. Aber auch heute scheinen die Unternehmer die Gefahren nicht zu ahnen, die uns drohen. Am 23. Juni fanden unter dem Vorsitz Wiffells in der Zentralarbeitsgemeinschaft Verhandlungen der Spitzenverbände über die wertbeständigen Löhne statt. Auf der Seite der Unternehmer wurden eine Unmenge Argumente gegen die begründeten und erläuterten Forderungen der Arbeitnehmer vorgebracht. Grafmann vom ADGB fasste daraufhin die Meinung der Arbeitnehmer dahin zusammen, daß auch die Freunde des Gedankens der Arbeitgeberseite zur freien Entscheidung gedrängt würden. Die Arbeitnehmer müßten sich dann im freien Kampf ihr Recht suchen. Ein letzter Versuch sei durch die Übertragung der positiven Beratung an eine Kommission möglich, sie müsse aber angesichts der allgemeinen Lage und Stimmung einen kurzfristigen und klar umrissenen Auftrag erhalten. Dem stimmten die Unternehmervertreter dann zu. Leider haben die Unternehmer bei ihrer ablehnenden Haltung Zugang erhalten aus dem Reichsfinanzministerium, dessen Vertreter für die Beibehaltung der Papiermark für die Arbeiter eintrat, während Unternehmer, Händler, Banern

und so weiter täglich in Goldwährung, d. h. nach Dollar, verkaufen. Daß den Unternehmern die finanzministerliche Hilfe genau so willkommen ist wie vor einiger Zeit die Hilfe des Reichswirtschaftsministers Dr. Becker mit seiner Stabilisierung der Löhne, kann man sich denken. Nun hat auch die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ in ihrer Art Stellung zu den „wertbeständigen Löhnen“ genommen. Wer diese Zeitung genügend kennt, der braucht diesen Artikel nicht erst zu lesen, um zu wissen, daß es sich wieder um eine herabragende Leistung handelt. Zwar bringt die Arbeitgeber-Zeitung nur die Zuschrift eines Großindustriellen, der, wie sie so schön sagt, gewohnt ist, die Dinge von einer höheren Warte aus zu beurteilen, aber sie verpricht noch mehrere solcher Artikel zu bringen, denn „die Frage wird sich vorausichtlich noch längere Zeit hinziehen.“ Die „höhere Warte“ des großindustriellen Artikelschreibers ist anscheinend von der gleichen Art wie die Mitwirkung des Herrn Stinnes bei der Mark-Stabilisierung. Die Arbeitgeber-Zeitung ist vermutlich der Meinung, durch das „Hinziehen“ wird die Sache schon im Sande verlaufen.

Der Großindustrielle von der höheren Warte meint einleitend, „das Verlangennach Entlohnung in Goldwährung — — — beweist von neuem die tatsächliche oder vorgepiegelte Unfähigkeit gewisser Arbeiterführer, die großen wirtschaftlichen Zusammenhänge zu erkennen.“ Diese großen Zusammenhänge kann natürlich nur der Großindustrielle erkennen, der gewohnt ist, die Ausbeutung hungernder Proleten im großen zu betreiben.

„Wir haben nun einmal mit der Verarmung und mit der Papierwährung zu rechnen; wollen wir einer einzelnen Berufsgruppe oder einigen wenigen Gruppen den Anspruch auf Goldbezahlung zugestehen, so hätten alle übrigen Stände die Kosten zu bezahlen.“ So der Großindustrielle von der hohen Warte, der von Verarmung nie etwas verspürt hat, der nach Dollar rechnet, aber nicht weiß, daß die Arbeitnehmer die Kosten zu zahlen haben. Die „anderen Stände“ rechnen größtenteils bereits nach Gold. Weshalb soll die Arbeiterschaft davon ausgeschlossen werden? Um auch der Arbeiterschaft ihren Teil an Produktionsersatz zu sichern, daß sie wenigstens menschlich leben kann, mögen die goldbrechenden Stände auf einen Teil ihres Überflusses verzichten. Wenn sie nicht wollen, werden sie müssen. Seinen staats- und wirtschaftspolitischen Weisblick offenbart der Großindustrielle von der hohen Warte durch folgende Sätze: „In weitem Umfange werden im gewerblichen Leben und auf anderen Gebieten noch viel zu viele Leute mit durchgeschleppt, deren Leistungen in kein Verhältnis zu den entstehenden Unkosten zu bringen sind. Gewiß würde die zeitweilige Ausschaltung dieser Kräfte eine schmerzhafteste Operation sein, aber sie würde dazu beitragen, den ganzen Wirtschaftskörper wieder gesunden zu lassen und hiermit eine latente Krisis beenden, die doch über kurz oder lang einmal zur Entscheidung geführt werden muß.“

Eine solch oberflächliche Beurteilung der Dinge ist natürlich nur in der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ möglich. Der Mann von der hohen Warte glaubt allen Ernstes, wenn man eine Anzahl Arbeitskräfte auf die Straße wirft, könne man eine „latente Krisis beenden“. Tatsächlich wäre eine Krisis eingeleitet. Wer ernährt denn aber diese Arbeitslosen? Natürlich nicht die Steuerdrückheber, sondern die Lohn- und Gehaltsempfänger, die nunmehr auch den Lebensbedarf für die Entlassenen zum Teil schaffen müssen. Dieser Schlanberger von einem Großindustriellen schreibt aber bereits acht Zeilen nach dieser Finanzwurst, daß „zu wenig Waren am Markt vorhanden sind“. Also weil zu wenig Waren am Markt sind, müssen Arbeitskräfte entlassen werden, damit noch weniger Produkte als Waren auf den Markt kommen. Das ist die Vulgar-Ökonomie der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“, eines Blattes, das jede Woche die Lehren Marx vernichten läßt. Und nun faßt der grandiose großindustrielle Wirtschaftspolitiker zusammen:

„Die beste Stützungsaktion für die Mark ist die Steigerung, Verbesserung und Verbilligung der Produktion! Auf diesem natürlichen Wege werden wir ganz von selbst wieder zum Goldlohn gelangen.“ Wie einfach die Dinge sich doch gestalten im Kopfe dieses Mannes. Und diese dummen Arbeiter und unfähigen Arbeiterführer sehen nicht ein, daß sich alles zum Besten wendet, wenn man — weil am Markte die

Waren fehlen — eine große Zahl von Arbeitnehmern auf die Straße wirft. Und so naiv ist dieser Großindustrielle von der hohen Warte, daß er gar nicht weiß von der Preisdikatur seiner Freunde, die durch Kartelle, Trusts und Syndikate eine Verbilligung der Preise ihrer Waren verhindern, die Preise vielmehr diktiert und aus diesem Grunde an einer Steigerung der Produktion gar kein Interesse haben.

Für uns steht die Frage bezüglich der Schaffung werbeständiger Löhne so: Ein Mittel, um aus unserem Elend herauszukommen, sind werbeständige Löhne nicht. Aber sie sind nach unserer Auffassung geeignet, der wilden Preistreiberlei Einhalt zu gebieten und dadurch die tolle Hege nach dem Einkommen der Lohn- und Gehaltsempfänger einzudämmen. Gelingt es, den Grundlohn auf eine Höhe zu bringen, daß den Familien eine menschenwürdige Existenz möglich ist, dann dürfen wir von schweren Erschütterungen des Staates und der Wirtschaft verschont bleiben. Weil dieser Glaube alle denkenden und wirklich staatsbehaltenden Menschen besetzt, deshalb muß der Versuch gemacht werden. Regierung und Gesetzgebung müssen mitwirken, wenn das Werk gelingen soll, aber sie müssen handeln. Wenn sie zögern, trifft sie die ganze Schwere der Verantwortung. Soll aber das Werk gelingen, dann sind gleichzeitig Maßnahmen vorzusehen für den Fall, daß die Durchführung werbeständiger Löhne durch Produktionslabotage verhindert werden sollte.

Realwert der Nachkriegslöhne.

Unter diesem Titel bringt „Die deutsche Arbeitgeberzeitung“ Nr. 21 vom 27. Mai 1923 wieder einen Artikel über die zu hohen Löhne und die zu kurze Arbeitszeit. Ein Doktor nach dem anderen müht sich ab, in unserer dividendenschweren Zeit die mangelnde Begehrlichkeit der Arbeiterschaft festzustellen.

In der genannten Nummer des Unternehmerblattes ist es ein Dr. Steer, der den Beweis erbringt, daß die Arbeiterschaft heute genau denselben Reallohn verdient wie vor dem Kriege, und wie von einer plötzlichen Erleuchtung inspiriert, bringt er folgende Offenbarung zu Papier:

„Wenn hier dennoch seitens der Arbeitnehmer von einem Sinken des Reallohnes gesprochen wird, so kommt es daher, daß für die relativ um 20 Prozent verminderte Zahl der Stundenleistungen, also für 48 Stundenleistungen, derselbe Lohn verlangt wird wie für 60 Stundenleistungen der Vorkriegszeit. Zwangsläufig führt die Frage der Hebung des Reallohnes auf das Vorkriegsniveau somit auf das Problem des Achtstundentages.“

Zwangsläufig kann irgendein Doktor in einer Unternehmung gar nicht anders schreiben wie vorstehend. Damit aber Herr Dr. Steer über das berechnete Verlangen der Arbeiterschaft nach höheren Reallohnen sich orientieren kann, verweisen wir auf die Vereinbarung zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften vom 15. November 1918. Unter Ziffer 9 heißt es wörtlich:

„Das Höchstmaß der täglichen regelmäßigen Arbeitszeit ist für alle Betriebe auf 8 Stunden festgesetzt. Verdienstminderungen aus Anlaß dieser Verkürzung der Arbeitszeit dürfen nicht stattfinden.“

Es ist geradezu naiv, anzunehmen, die Arbeiterschaft habe sich den Achtstundentag erzwungen, um mehr Hunger zu leiden als schon vorher. Übrigens ist Dr. Steer auch insofern heulend auf dem von ihm betretenen Gebiet der Besänftigung der Arbeiterschaft, als er annimmt, in der Vorkriegszeit wäre eine 60-Stundenleistung pro Woche allgemein üblich gewesen. Die vorhandenen Statistiken geben Aufschluß, daß diese Annahme falsch ist. Die Statistik über die Tarifverträge im Deutschen Reich für das Jahr 1913 weist nach, daß schon damals nur ein verhältnismäßig geringer Prozentsatz 60 Stunden pro Woche arbeitete. Und heute, im Jahre 1923, bringen manche Leute den Mut auf, von der Arbeiterschaft „mehr Arbeit“ zu verlangen. Aber nicht für sich sollen die Arbeiter mehr schaffen, sondern für die Großen, deren Lebensaufgabe es ist, sich zu wästen und zu pressen. Dabei sehen sie nicht, daß sie auf einem Balken tanzen.

Die Darlegungen Dr. Steers sind auch noch aus einem anderen Grunde ganz falsch. Selbst wenn die heutigen Löhne relativ viel höher wären als vor dem Kriege, so hätte sich die Lage der Arbeiterschaft verschlechtert, weil ja die Warenpreise viel stärker gestiegen sind als die Löhne. Über die Kaufkraft des Lohnes — und auf diese kommt es für die Lohnempfänger an — ist in der „Frankfurter Zeitung“ vom 22. Juni aus dem Material des deutschen Zentralstatistikbüros für die Auslandshilfe u. a. eine vergleichende Berechnung der „Westminster Gazette“ über die Lohnaufkraft deutscher und englischer Angestellter wiedergegeben worden. Gegen diese Berechnung wendet sich die Zeitschrift einer oberheftigen Pappensabrik. Da wir die Grundlagen der Berechnung der „Westminster Gazette“ nicht nachprüfen können, insbesondere nicht wissen, auf welchen Zeitraum sich die Zahlen beziehen, ist hier die Berechnung der deutschen Zentrale...

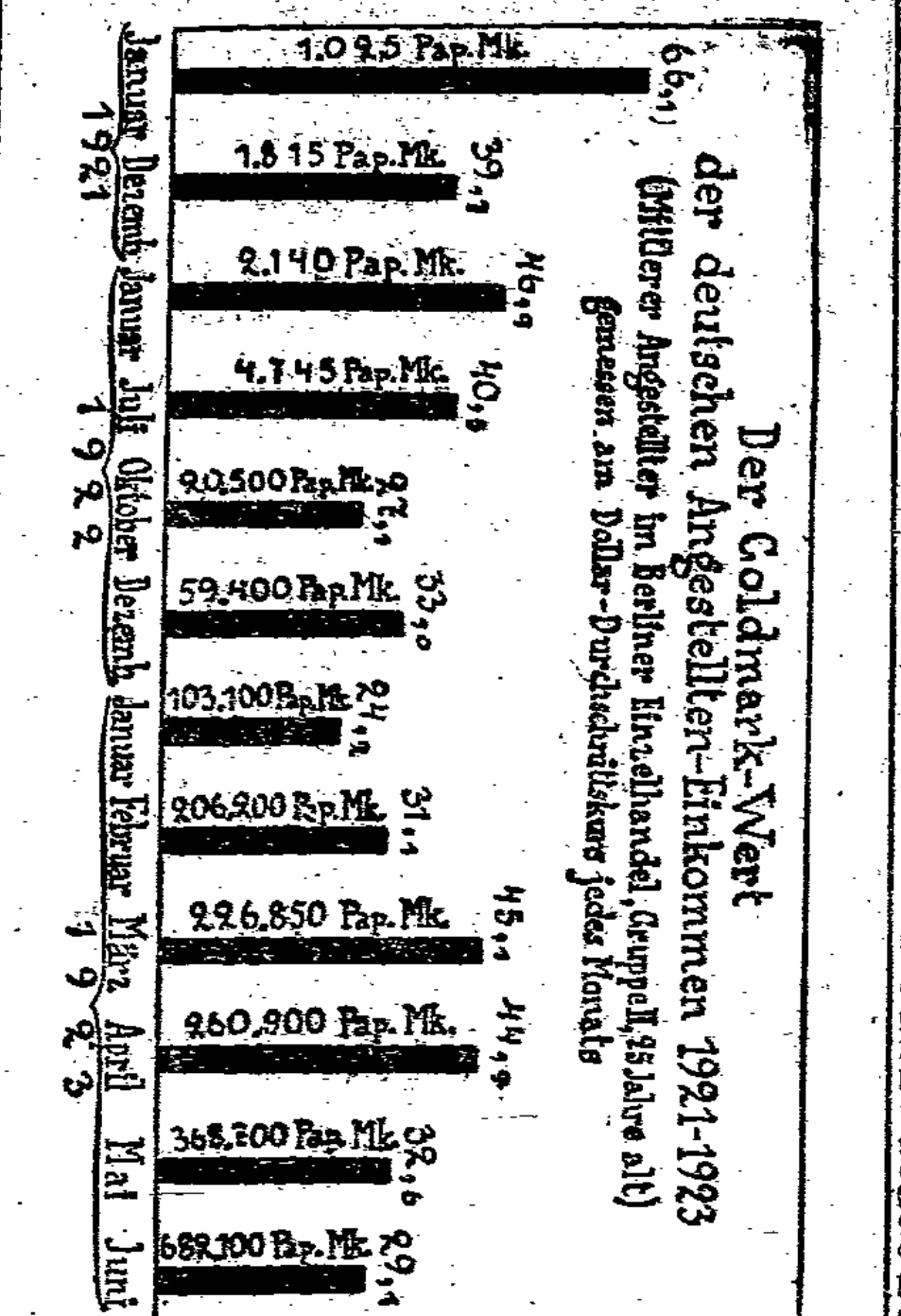
Preis	In Arbeitszeit eines deutschen Arbeiters			In Arbeitszeit eines engl. Arbeiters
	Mk.	Stunden	Minuten	
1 Pfd. Margarine	15.000	3	12	30 Minuten
1 Ei	1.250	15	10	10
1 Pfd. Zucker	1.700	20	20	20
1 Pfd. roter Wein	500	6	15	15
1 Pfd. Butter	15.000	3	12	30 Minuten
1 Tonne	60.000	15	15	15
1 Paar Schuhe	200.000	1	2	2 Tage
1 Satz Seife	2.000	20	12	12 Minuten

Für den deutschen Arbeiter ist dabei der vom 18. Juni an in der betreffenden Zentrale gezahlte Stundenlohn von 5000 Mk. zugrunde gelegt. Mangelnder Vergleichszahlen haben wir die in dem vorerwähnten Artikel nach

der „Westminster Gazette“ wiedergegebenen Daten für einen englischen Angestellten danebengeführt. Die dadurch bedingte Ungleichheit des Vergleichs muß in Rechnung gestellt werden. Um nun wirklich beurteilen zu können, wie weit der Reallohn der deutschen Arbeiter und Angestellten gegenüber dem Frieden gestiegen ist, müßte man viele Stichtage aneinanderreihen, die sowohl kurz vor Lohnsteigerungen wie auch nach und in der Mitte zwischen Lohnsteigerungen gewählt sein müßten.

Nach der „Westminster Gazette“ ergab sich für die deutschen Arbeiter ein noch viel ungünstigeres Bild.

Eine weitere Illustration zum Realwert des Einkommens bildet eine Veröffentlichung des Berliner „Montag Morgens“. Das Einkommen einer Angestelltengruppe ist hier in Dollar umgerechnet für die Zeitspanne von 1921 bis 1923. Es ergibt sich folgendes:



Während also im Januar 1921 das Einkommen dieser Angestellten in Höhe von 1025 Papiermark noch 66 Dollar galt, repräsentierte es im Juni 1923 bei einer Höhe von 682 100 Papiermark nur noch 29 Dollar. Der Geldwert des Einkommens hat sich also in diesem Zeitraum um mehr als die Hälfte verringert, und ungefähr dementsprechend ist auch die Kaufkraft des Lohnes gesunken, weil ja der Handel tagtäglich nach Dollar rechnet. Dr. Steer und „Die deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ mögen hiervon Notiz nehmen.

Lohn und Währung.

Ein Eiel hätte jahrelang die zwei Zentner schweren Getreidekörner einzeln den Berg zur Windmühle hinaufgetragen. Als in allen Lehmen und Verschmutzungen, an allen Ecken und Plätzen die Parole ausgegeben wurde: „Nur die Arbeit kann uns retten!“, da kam der schlaue Müller auf den Gedanken, seinem Eiel statt einem nur fünf Schöckel aufzuladen. Der Eiel brach unter der ihm entgegenen Last zusammen und konnte nicht mehr weiter. Anstatt nun einzusehen, daß die dem Eiel aufgebundene Last die Schuld des Zusammenbruchs ist, machte der Müller die Faustheit des Eies dafür verantwortlich. Am Sonntag aber kritisierte sich die Banern in der Dorfkirche darüber, welcher Eiel denn nun an dem Vorkommnisse wirkliche Schuld trägt.

Dieses Gleichnis fällt uns unmittelbar ein beim Lesen des Artikels: „Lohn und Währung“ in der Nr. 23/24. Jahrgang 1923, des „Wirtschaftskameres Nachrichten“, dem Organ der Vereinigung Wirtschaftlicher Handelskammern, in dem der Regierung und Parlamentarier die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten für den Verlauf der deutschen Währung bestärkt nach. Der Herr Regierungsrat schlüsselt in diesem Aufsatz folgendermaßen: Die Preise setzen sich hauptsächlich aus den Kosten für die menschliche Arbeit zusammen. Die zu den Arbeitslöhnen hinzuzurechnenden Ausgaben für Betriebsmittel und die Gewinne des Erzeugers und des Handels werden zuletzt ebenfalls durch die Höhe der Löhne bestimmt, erstere, weil sich ihr Preis im Grunde wiederum aus Löhnen ergibt, letztere, weil sie im allgemeinen in einem gewissen annähernd festen Verhältnis zu den Erzeugungskosten stehen. Werden die Löhne — so schlüsselt der Herr Regierungsrat weiter — eines Tages verdoppelt, so heißt kein andere Antwort als die Preise aller Erzeugnisse gleichfalls annähernd zu verdoppeln.

Rechenweise ist der Lohnanteil an den Gesamtkosten der Erzeugnisse annähernd gering. Mit Ausnahme des Bergbaues geht der Lohnanteil in den verschiedenen Industriezweigen selten über 10 Prozent hinaus. Selbst in Industriezweigen, die in hervorragendem Maße ausländische Rohstoffe mit verwenden, beträgt der Lohnanteil selten mehr als 10 Prozent der Erzeugungskosten. So beträgt z. B. der Lohnanteil in der Papiererzeugung Industrie nur 3-5 Prozent der Erzeugungskosten, trotzdem die deutsche Zellulose-Industrie circa 80 Prozent des von ihr benötigten Papierholzes aus dem Ausland einführt und mit hochwertigen Holzarten beschaffen muß.

Ganz falsch ist die Auffassung des Herrn Regierungsrates, daß die Höhe der Gewinne für Erzeuger und Handel durch die Höhe der Löhne mit bestimmt wird. Dieser liegt es immer, daß Angebot und Nachfrage den Preis regeln. Man war stets gewohnt, daß Kaufschmuck und Händler sich für die höchsten Gewinne für sich in Anspruch nehmen, sobald diese durch Warenknappheit oder andere Ursachen zu erzielen sind. Von einem festen Verhältnis der Gewinne kann gar keine Rede sein. Es dürfte auch nicht ganz unbekannt sein, daß schon während der Kriegszeit und in viel stärkerem Maße nach Beendigung des Krieges die Zahl der verschuldeten Fabrikanten und ein Gewinn Verfallenden in geradezu erschreckender Höhe genommen hat. Fast jedes Schuldenkonto der Fabrikanten und Kleinrentner.

Nicht sehr überzeugend sind die folgenden Ausführungen über die ausländischen Rohstoffe, worüber er schreibt: „Der Preis der Rohstoffe ist von der Weltmarktlage abhängig. Dem Preis stehen

Währung, sobald als sich unsere Preise erhöhen, denn das bedeutet ja, daß die Kaufkraft der Mark sinkt. Also auch der ausländische Anteil des Preises einer Ware, um ihn nur so zu bezeichnen, steigt, es fragt sich, wieviel. Es ist nicht schwer einzusehen, daß dieser ausländische Anteil nicht weniger steigen wird als der inländische. Für das Ausland ist eben unsere Mark soviel wert als Arbeit, dahinter steht, steht hinter dem Marktwert nur noch die Hälfte der Arbeitsleistung, wie vorher (das bedeutet ja die Verdopplung der Arbeitslohn). Es gilt für dieses eben nur noch die Hälfte jenes vorherigen Wertes.“

Unter normalen Verhältnissen haben die Ausführungen des Herrn Regierungsrates zweifellos eine gewisse Berechtigung. Bei der Beurteilung der heutigen Wirtschaftslage Deutschlands kann sie aber vollkommen daneben. Zunächst ist es nicht nur die Arbeitskraft und der Lohn, die die Währung beeinflussen. Würden diese beiden Faktoren allein maßgebend sein, so müßte die deutsche Wirtschaft und mit ihr die deutsche Währung verhältnismäßig immer noch sehr gut dastehen. In dem Verlauf der deutschen Währung tragen alle jene Kräfte ohne Ausnahme Schuld, die sich auf geradezu unerhörte Art und Weise der Devisenspekulation in die Arme geworfen haben. Die Flucht vor der Mark in ausländische, vornehmlich amerikanische, Währungsmittel ist es in erster Linie, die die deutsche Währung zerstört. Einen besonderen Beweis dafür anzuführen, ist vollkommen überflüssig. Die Verflechtung von Industrie, Handel und Börsenspekulation, die zum Zusammenbruch der Stabilisierungaktion der Reichsregierung geführt hat und die der Reichsbank Milliarden Verluste gebracht hat, sind lebende Beweise unserer Auffassung. Daß der Stillstand der Löhne das Steigen der Preise nicht verhindert, beweisen gleichfalls die Preissteigerungen während der Stabilisierungsaktion. Kampfschiff haben die Unternehmer aus Handel und Industrie damals an dem Lohnstillstand festgehalten und trotzdem sind nicht nur die Kleinhandelspreise, sondern auch die Großhandelspreise lustig weiter geklettert. Der Herr Regierungsrat wird uns auch den Beweis dafür schuldig bleiben müssen, daß die Steigerung der Löhne und Gehälter daran Schuld sei, daß der Dollar seit Beendigung der Stabilisierungaktion von 20 000 Mk. auf 160 000 Mk. und darüber hinaufgeklettert ist und damit die deutsche Währung vollkommen zerrütet hat.

Sehr ansehnlich sind auch die nachfolgenden Ausführungen des Herrn Regierungsrates Zitat:

„Aus unserer Betrachtung ergibt sich das Gesetz: Der Stand der Währung eines Staates steht mit dem Lohnstand des betreffenden Volkes in einem unmittelbaren Zusammenhang. Die Währung kann nur feststehen, wenn der Lohnstand, ausgedrückt in dieser Währung, annähernd feststeht. Wird der Lohnstand, zahlenmäßig hinaufgeführt, so sinkt die Währung mit Notwendigkeit um daselbe Maß.“

Diese Auffassung hätte nur eine gewisse Berechtigung, wenn die industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugnisse eines Staates sich wirklich nur auf den Arbeiterlöhnen und Gehältern der Angestellten aufbauen würden, wenn der Unternehmergewinn nicht unwillkürlich festgelegt wäre, wenn alle unproduktiven Kräfte aus Fabrikation und Handel ausgeschaltet würden und — wenn es keine Börsenspekulation gäbe. Bekanntlich zählt die amerikanische Industrie die höchsten Löhne und trotzdem steht der Dollar am höchsten, die amerikanische Währung am glänzendsten in der gesamten Kulturwelt da. Dadurch wird der von dem Herrn Regierungsrat geprägte Satz glänzend widerlegt, daß die Währung eines Staates mit dem Lohnstande in unmittelbarem Zusammenhang hängt. Je höher die Löhne und Gehälter, desto größer die Aufnahmefähigkeit der nationalen Erzeugnisse durch das eigene Volk und damit wiederum die Steigerung der Produktionsmöglichkeiten in der Industrie. Würde die Arbeiterschaft des Auslandes ebenso bundsmürrisch entlohnend sein wie die deutsche Arbeiterschaft, dann würde sich zwar die deutsche Währung nicht bessern, die Ausfuhrmöglichkeit deutscher Produkte noch mehr sinken und dadurch die Kaufkraft der deutschen Mark erst recht vernichtet werden.

Selbstverständlich findet dieser Artikel in weiten Kreisen des Unternehmertums freudige Aufnahme. Die Arbeiterschaft wird er trotzdem nicht daran hindern, auch weiterhin Löhne zu fordern, die den Lebensunterhalt der deutschen Arbeiterklasse ermöglichen und dadurch auch den Absatz deutscher Produkte im Inlande stärken. Die mit Hungerlöhnen ausgebeutete deutsche Arbeiterschaft kann es sich verbiten, sich auch noch für die durch das Spekulantentum zerrüttete deutsche Währung hasibar machen zu lassen.

G. Stähler.

Aus der Industrie

Chemische Industrie

Die periodische Überwachung der Bleiarbeiter.
Von Landesgewerbeamt Dr. Ludwig Zeleny in Düsseldorf.

Periodisch wiederholte Untersuchung von Bleiarbeitern ist in einer ganzen Reihe von Bekanntmachungen des Bundesrates vorgeschrieben, aber erst die Bekanntmachung des Reichsarbeitsministers vom 27. Januar 1920 „über die Dienstausweisung für die ärztliche Untersuchung der Bleiarbeiter“ enthält hierüber nähere Vorschriften.

Die Verordnung, zu deren Ergänzung die Bekanntmachung stimmt, ist, sowie diese Anweisung selbst können zu Mißverständnissen dadurch Anlaß geben, daß es in ersterer heißt, der Arzt hat „die Arbeiter im Betriebe aufzusuchen, bei ihnen auf Krankheitserscheinungen . . . zu achten und die ihm verdächtig Erscheinenden eingehend zu untersuchen“. Die Bekanntmachung unterscheidet zwischen „Beschäftigten“ und „Untersuchten“. Die Worte „im Betrieb“ sind manchmal mißverständlich so gedeutet worden, als ob der Arzt die Arbeiter an ihrer Arbeitsstelle, also in der Bleiwerkammer, am Rennofen aufzusuchen hätte. Nun sind dies aber Orte, an denen es nicht möglich ist, auf Krankheitserscheinungen auch nur „zu achten“, und wo die Beschäftigung so gehandhabt wird, wird eine flüchtige Betriebsbesichtigung, aber nicht eine Beschäftigung der Arbeiter daraus; der Arzt geht durch den Raum und fragt höchstens im Vorbeigehen den einen oder anderen: „Wie geht es Ihnen?“ Eine solche Frage aber ist überflüssig, denn der Arbeiter, der darauf mit den Worten „schlecht“, „ich habe Bauchschmerzen“ usw. antwortet, bedarf überhaupt nicht mehr der ärztlichen Beschäftigung „im Betriebe“ — er findet schon selbst den Weg zum Kassenarzt. Die periodische Untersuchung soll ja eben jene herausgreifen, die noch nicht selbst zur Erkenntnis gekommen sind, daß sie krank sind. Dazu kommt noch, daß bei so durchgeführter Beschäftigung eine Kontrolle, ob der Arzt tatsächlich alle Arbeiter gesehen hat, nur sehr schwer durchzuführen ist.

Dem Sinne dieser Verordnung nach hat der Arzt die Beschäftigung in einem Raume des Betriebes vorzunehmen; an vielen Orten geschieht es auch so, und die Gewerbeämter müssen überall, wo es nicht geschieht,

darauf hinwirken, daß die Untersuchung bei Tageslicht in einem hellen Räume vorgenommen wird, wobei die Arbeiter, einer nach dem anderen, vor den Arzt hinstreten. Dieser jeden genau ansieht und dann die ihm verdächtig Erscheinenden entweder sofort einer etwas eingehenderen Untersuchung unterzieht, sie für eine genaue Untersuchung bestellt, treten läßt oder für später bestellt. Für diese genaue Untersuchung enthält die erwählte Bekanntmachung eine Anzahl ausführlicher Anweisungen über: Haemoglobinbestimmung, die mit der Fallquist'schen Skala tatsächlich halbwegs rasch und sicher vorgenommen werden kann, über Blutdruckmessung, deren Wert an sich noch zweifelhaft, über Untersuchung des Blutes auf punktierte Erythrocyten und des Harns auf Haematoporphyrin, Untersuchungen, die wohl, was Zeitaufwendung und Technik anbelangt, die Möglichkeiten des praktischen Arztes, der die Untersuchung vornimmt, in den meisten Fällen überschreiten.

Für das aber, was als „Besichtigung“ bezeichnet wird und was mir fast von größerer Bedeutung zu sein scheint als die Untersuchung, denn es handelt sich ja dabei darum, aus der großen Zahl von Arbeitern möglichst rasch und sicher die Verdächtigen herauszugreifen, erst die Basis für die Untersuchung zu gewinnen, fehlt es an jeder Anleitung. Es sind in der Dienstausweisung ungefähr zwei Duzend Symptome angegeben, auf die der Arzt zu achten hat, darunter solche, die erst durch genauere Untersuchung festgestellt werden können (Sensibilitätsstörungen, Merkenkrankungen) sowie solche, die nur in subjektiven Angaben des Untersuchten bestehen (Appetitmangel, Mattigkeit). Aufgabe des Untersuchungsarztes aber ist es, auf Grund rasch feststellbarer und objektiver Symptome — denn subjektive Angaben sind auch hier oft trügerisch — ein Urteil zu gewinnen.

Auch in der Literatur findet sich nur wenig über die so wichtige Technik dieser Durchuntersuchungen über, wie es ganz treffend in der Bekanntmachung heißt, „Besichtigungen“, nur in dem Buche von Legge und Goabbi, „Bleiarbeit und Bleivergiftung“ (in deutscher Übersetzung bei J. Springer 1921), findet sich eine Anleitung hierfür.

Ich selbst nehme die Untersuchungen stets in folgender Weise vor: In einem möglichst hellen Räume stehe ich an einem Tische, an dem ein Betriebsbeamter sitzt, der die Namen der an mich Herantretenden auf einem Blatt Papier vermerkt, nebst dem von mir diktierten Befund. Der Untersuchungsarzt wird zweckmäßig das vorgeschriebene Kontrollbuch auf dem Tische neben sich haben, in das der Beamte nach seinem Vortat zu jedem Arbeiter die betreffende Bemerkung einträgt. Auf dem Tische liegen auf einem Bogen weißen Papiers gut gereinigte Objektträger und ein Stecher, ein Fläschchen mit Äther oder Alkohol und etwas Jellstoffs oder Wammolle sind vorhanden, so daß ich rasch bei jedem, bei dem ich es für notwendig halte, durch einen Stich ins Ohrkläppchen (nicht in die schwellige und schmutzige Fingerbeere!) ein Blutausstrichpräparat für die Untersuchung auf punktierte Erythrocyten machen kann, und mit einem Diamantstift wird dann der Name auf den Objektträger geschrieben; so ist Verwechslungen am besten vorgebeugt. Ein Arbeiter nach dem anderen tritt vor mich hin; beachtet wird: Gesamthabitus, demjenigen, der regelmäßig in nicht zu langen Intervallen, ungefähr einmonatlich, die Untersuchungen vornimmt und der so die Arbeiter kennen lernt, wird eine Veränderung des Gesamteindrucks, verschlechtertes Aussehen, Gewichtabnahme auffallen. Gesichtsfarbe: für den nur etwas Gelbtes ist das „Bleikolorit“, die blaß-gelbliche Gesichtsfarbe, eines der ersten und sichersten Warnungssymptome; Skleren — durch leichtes Abziehen der unteren Augenlider in größerem Umfange sichtbar gemacht: leicht subicterische Skleren gehören zum ausgesprochenen Bleikolorit. Ein weiterer Handgriff: Auseinanderschieben der Lippen: Bleisaum. Prüfung der Hand- und Fingerstrecker: der Arbeiter beugt die Arme in den Ellbogengelenken, promiert so weit, daß der Handrücken nach oben steht und überstreckt nun im Handgelenk bei gestreckt gehaltenen Fingern sowohl als möglich. In acht ist vor allem darauf, ob die Überstreckung an beiden Händen im gleichen Umfang erfolgen kann — Zurückbleiben der rechten Hand (bei Linkshändern der linken) ist ein Symptom von Streckerschwäche, ebenso wenn beide Hände zwar gleichmäßig stark, aber nicht mehr als 45 Grad überstreckt werden können — natürlich bei intakten Gelenken! Wenn nicht alles vollkommen tadellos: Fragen nach subjektiven Beschwerden: Bandschmerzen? Kopfschmerzen? Verstopfung? Wobei der Beantwortung nur dann Bedeutung beizumessen ist, wenn sie mit den objektiven Symptomen in Übereinstimmung ist. Disstimulation ist bei diesen Untersuchungen mehr zu fürchten und häufiger als Aggravation.

Diese Besichtigung beansprucht bei solchen ohne Symptome kaum eine Minute. Sind irgend welche krankhafte Veränderungen vorhanden, so müssen diese natürlich genauer betrachtet, in ihrer Bedeutung gewertet, muß ausführlicher nach Arbeitsdauer, Art der Arbeit — ein Zweck dieser Untersuchungen, an den leider meist nicht gedacht wird, soll ja der sein, jene Stellen im Betriebe anscheinend zu machen, an denen stärkere Gefährdung und also die Notwendigkeit besteht, durch technische Verbesserungen die Gefährdung zu verringern — gefragt und schließlich erzwungen werden, ob der Mann krank zu melden, von Bleiarbeit auszuschließen oder nur in kürzeren Intervallen wieder zu beschäftigen ist. Um hier die Entscheidung mit möglicher Sicherheit richtig fällen zu können, ist unter Umständen Haemoglobinbestimmung nach Fallquist oder Untersuchung auf punktierte Erythrocyten und Haematoporphyrin, die aber am besten in einem Zentralinstitut (Laboratorium des Landesgewerbeamtes) erfolgen sollten, am Platze. Aber diese Befehle sollen nur in zweifelhaften Fällen zur Entscheidung bei-

fragen: es wäre ganz verfehlt, bei einem Manne, bei dem sich rasch Bleisaum und ausgesprochenes Kolorit entwickelt hat, die Ausstrichung nicht vorzunehmen, weil er keine punktierten Erythrocyten hat oder deren Zahl noch nicht die Grenze des Pathologischen überschreitet; ebenso wäre es verfehlt, einen Arbeiter ohne jedes andere klinische Symptom, nur auf das Vorhandensein von punktierten Erythrocyten in mäßiger Menge hin von der Bleiarbeit auszuschließen. Wir müssen hier, wie es die Praktiker ja stets taten, die Diagnose richtiger Diagnose: Voraussetzungen, ob bei weiterer Bleiarbeit erstere Krankheitserscheinungen ausbrechen werden, eben auf Grund des gesamten klinischen Befundes stellen; der Untersuchungsarzt muß klinisch sehen können. Es scheint ja übrigens, und dies ist eine der guten Nebenfolgen moderner Konstitutionsforschung, als würden unsere jungen Ärzte wieder sehen und beobachten lernen, als wäre die Zeit vorüber, da sie alle Weisheit unter dem Mikroskop und im Reagenzglas zu suchen hatten.

Wie die einzelnen Symptome gewertet werden sollen, habe ich bereits vor Jahren (Sitzung des großen Rates des Instituts für Gewerbehygiene 1912 — A. Sengel, Berlin) ausführlich dargelegt. Hier sei nur kurz betont, daß ausgesprochenes Kolorit oder rasch entstandenes geringes Kolorit oder rasch entstandener Bleisaum — die rasche Entstehung zeigt uns an, daß der Mann entweder in kurzer Zeit besonders große Mengen Blei aufgenommen hat oder ganz besonders empfindlich ist — sowie stärkere Streckerschwäche — wenn die rechte Hand nicht über 20 bis 30 über die Horizontale gehoben werden kann (Näheres über dieses Symptom vergleiche meinen Aufsatz in der klinischen Wochenschrift 1923 Nr. 19) — oder rasch entstandene Streckerschwäche oder Verschlechterung des Allgemeinzustandes uns stets veranlassen müssen, den Mann von der Bleiarbeit (nicht von der Arbeit im Betriebe!) zeitweilig auszuschließen, ebenso auch geringe Grade dieser Symptome, wenn sie mit punktierten Erythrocyten in großer Zahl verbunden sind. Eine besondere Stellung nehmen sehr alte Arbeiter ein, die chronisch entstandene irreparable Veränderungen besitzen, dauernd Bleisaum, Kolorit, Streckerschwäche zeigen, ohne je — oder nur sehr selten! — akute Erscheinungen zu produzieren. Gerade frisch eingetretene Arbeiter benötigen unsere besondere Aufmerksamkeit. Bei diesen treten am häufigsten Erkrankungen auf; sie sind am meisten gefährdet. Nach einer Übergangszeit von mehreren Wochen oder Monaten scheint sich eine gewisse Toleranz zu entwickeln; der Arzt muß sich bemühen, über diese Übergangszeit dem Arbeiter hinüber zu helfen, ohne daß seine Gesundheit dabei leidet — und eben dies kann am besten durch zeitweiliges Aussetzen der Bleiarbeit geschehen. Diese Aufgabe des Arztes ist keine leichte, er muß dabei unterscheiden zwischen den Zeichen der Bleiaufnahme, die allmählich und ohne scharfe Grenze übergehen in Zeichen von Bleivergiftung. Kann das Zustandekommen der ersteren nur durch technische Verbesserungen vermieden werden, so ist es Aufgabe der ärztlichen Untersuchung, durch rechtzeitiges Eingreifen zu verhüten, daß durch fortschreitende Bleiaufnahme eine Vergiftung entsteht.

Die Verkrüftung der deutschen Petroleumindustrie.
Nachdem Sineses erst vor kurzem seinen mächtigen Ölruß ins Leben gerufen hat, schreibt die Verkrüftung der Petroleumindustrie weiter vorwärts. Die beiden anderen Ölkongerne neben dem Sineseschien sind die Deutsche Erdöl-A.G. (Deag) und die Deutsche Petroleum-A.G. Die Deutsche Erdöl-A.G. ist nun im Begriff, die großen Graf-Bismarck-Kohlengruben in Gelsenkirchen zu erwerben, und zwar zu dem riesigen Ankaufspreis von 500 Milliarden Mark. (!) Die Gruben, welche neben Gelsenkirchen acht Schächte besitzen, erzeugen jährlich 2 1/2 Millionen Tonnen, 2 Prozent der ganzen deutschen Steinkohlenproduktion. Die Deutsche Erdöl-A.G. beherrscht außerdem bereits 5 Prozent der gesamten Braunkohlenproduktion in Sachsen und anderswo. Die Anschaffung der Kohlengruben hängt mit der neuen Methode der Digerwinnung aus Kohle zusammen, welche bereits die größten Fortschritte zu verzeichnen haben dürfte. Die Deutsche Erdöl-A.G. hat außerdem Sineses in Argentinien im gemeinsamen Besitz mit Sineses. Sineses hat jedoch Verbindungen auch zum dritten Ölkongern, der Deutschen Petroleum-A.G., durch die Rätger-Werke, an denen er neben der Deutschen Petroleum-A.G. gleichfalls Anteil hat. So besteht die Möglichkeit einer späteren Vereinigung der drei Ölkongerne unter Sineses' Führung. Die Tatsache, daß der große englisch-holländische Konzern, Royal-Dutch-Shell, an der Erwerbung der Bismarckgruben in Gelsenkirchen ebenfalls Anteil nehmen würde, haben sich nicht bewahrheitet.

Industrie der Steine und Erden

Ein „Aufferbetrieb“
ohne Beispiel scheint das Ziegelwerk in Steinbach bei Plochingen zu sein. Der Besitzer Franz Hecht, Mitglied des Verbandes württembergischer Ziegelfabrikanten E. V. Stuttgart, versteht es vorzüglich, sich von der Bezahlung der kirchlichen Steuern zu drücken. Die Mittel, deren er sich dabei bedient, erinnern an die Zeit der Sklavenhaltung. Alle Vorkräusen sind in seinem Betriebe vertreten, und natürlich darf auch die plegerische „Wohlfühl-Einrichtung“ nicht fehlen. Kost und Logis wird jedem gewährt, und wer vielleicht einmal etwas daran ansieht, würde, der könnte ein Rechenbeispiel eine Anzahl Prügel erhalten. Wer sich von der vorzüglichen Wirkung einer solchen Einrichtung überzeugen will, der braucht nur in den Besitz einer Lohnkarte zu kommen, um sofort zu erkennen, daß der Vorzug natürlich auf Seiten des Betriebesinhabers ist.

Herr Hecht liefert aber auch den unumstößlichen Beweis dafür, daß die Lebenshaltung heute sehr teuer ist, denn seine Sklaven müssen noch zu der geistlichen Arbeit bei den Schulden machen! Drei vor mir liegende Lohnzettel geben Zeugnis davon, daß der Verdienst einer Woche nicht ausreicht, um für diese Zeit Kost und Logis im Betriebe zu bestreiten. Nach Abzug der Beiträge für Essen, Schlafen und Sozialversicherung hat der eine noch 1600 Mark, der andere 12000 Mark und der dritte noch 9000 Mark Schulden bei Herrn Hecht.

In der ersten Lohnkarte bezahlt er statt der kirchlich festgesetzten Höhe von 1400 Mark für die erste und 2000 Mark für die zweite Woche nur 600 und 900 Mark, und dann unterbewußt auch dem einen oder dem anderen 800 und 1000 Mark. Daß es denn die Leute etwas anschaffen können, ist anzuschauen. Der arme Kenial aus dem Betriebe kommen soll, der erkrankt das traurige Los, das ihnen bei Hecht beschieden ist.

Es ist ein Skandal, daß ein Unternehmer solche ernen Gesetze aus allen Westfalen herbeiholen darf, um sie dann, wenn es einmal seine Verhältnisse herausgekommen haben und diesen unheimlich eine Schenkung und Schenkung anzuwenden, daß

nicht davonzulagen. Keinen ganzen Rock, zerrissene Hosen und Schuhe, aus denen vorn die Fäden und hinten die Fäden herauskommen. So werden diese Leute fortgeschickt, ohne Mittel, je nicht selten kommt es vor, daß der Herr noch eine Ansprüche erhebt. Wie entsetzt und furchtbar über das Vergehen der Frauen, und mit Recht, und hier sehen wir das gleiche von einem deutschen Arbeiter, bis in einer noch absonderlicheren Form. Das werden wir angeben, weil sie mit Recht die Befehle verweigern, diese werden zum Teil gelost, weil sie dem Unternehmer je viel zu Willen waren und so lange ausbleiben, bis sie ungenügend und ausgebeugt sind.

Leider kann die Organisation in diesem Betriebe schlecht zu sein, weil der eine Teil auf Grund seiner Mittellosigkeit nachzufragen, der andere Teil aber, soweit es deutsche Arbeiter sind, sich von seiner angeborenen Gleichgültigkeit nicht loslösen kann. Der Verband der Fabrikarbeiter wird es sich trotzdem angelegen sein lassen, für die Rechte der dort beschäftigten Kollegen einzutreten, und er wird es auch an der notwendigen Aufklärung nicht fehlen lassen. In den Kollegen selbst ist es aber, daß sie endlich erkennen, wie schädlich ihre Haltung für sie selbst und darüber hinaus für ihre Kollegen in anderen Betrieben ist. Und nur durch diese Erkenntnis und den Beitritt zur Organisation wird es möglich sein, auch in diesem Betriebe menschenwürdige Zustände zu schaffen.

Ein Jubiläum

Seit einigen Wochen steht die Belegschaft des Lotzwerks Malmshorn in einem Verzweiflungskampf gegen die andauernde Unternehmerrückstärkung des Geschäftsinhabers. Die Firma beschäftigt in der Hauptsache Polen, angeblich deshalb, weil die deutschen Arbeiter für die Art Arbeit zu gut dünkten, in Wirklichkeit aber, um ihre schon rühmlichst bekannte Lohnpolitik aufrechtzuerhalten zu können. So betrug vor circa 4 Wochen der Stundenlohn 800 Mark, nachdem wurden 1120 Mark bezahlt. Daß bei diesen Löhnen die Lebenshaltung der Arbeiterfamilie weit unter der eines deutschen Arbeiters liegen mußte, wird jedem einleuchtend sein. Alle Verände der Arbeiterfamilie, auf welchem Wege eine Besserung der (auch in wohlthätiger und sozialer Hinsicht unhaltbaren) Zustände herbeizuführen, scheiterten an dem Gebaren der Werksleitung, der jedes Mittel recht war, ihre Arbeiter immer und immer wieder einzuschließen. So konnte es vorkommen, daß kürzlich durch die Schließung der Werksleitung die Leute ohne einen Bissen Brot und einen ganzen Tag ohne warmes Essen waren. Auf das energische Einschreiten der Arbeitervertretung griff die Werksleitung zu dem alten bewährten Mittel, diesen Leuten den Gehalt einfach vor die Tür zu setzen, mit der Aufforderung, innerhalb drei Stunden den Betrieb und die Wohnung zu räumen. Das war des Outen zweifels und so legte die Arbeiterfamilie am 30. Juni, nachmittags, die Arbeit nieder. Einer besonderen Beleuchtung bedarf noch der Umstand, daß die Werksleitung ihr Rationalgehalt so weit vergrößert, den befristeten Arbeitern zu erklären: Entweder wird in zwei Stunden die Arbeit wieder aufgenommen oder die Deutschen sind entlassen. (Für die Firma also ein vollkommener Anseh, die letzten Bedürfnisse loszuwerden, um mit den vom Landes-Arbeitsamt angeforderten 100 Polen um so besser nach ihrem System wirtschaften zu können.) So etwas geschieht von einer deutschen Firma und zu einer Zeit, wo das gesamte deutsche Volk geradezu heroische Anstrengungen macht, das bedrohte deutsche Gebiet der feindlichen Willkür zu entreißen. Wir richten an alle Deutschen die Bitte um moralische und materielle Hilfe. Des Landes-Arbeitsamt wird sich solche Unternehmer gründlich ansehen müssen, wenn sie ausländische Arbeitskräfte anfordern.

Rechtsprechung

Ferien und verkürzte Arbeitszeit.

Bei der Firma Wolf in Jett wurde von den Januarfesten bis zu dem Pfingstfest 1923 verkürzt gearbeitet, und zwar 34 Stunden pro Woche. Am 30. Mai ging die gesamte Belegschaft in die Ferien. Bei Abschluß des in Frage kommenden Mantelvertrages war der Abschlußtag in Geltung, und auch bei Berechnung der Ferientage war natürlich die volle achtstündige Arbeitszeit zugrunde gelegt. Die Firma ging nun dazu über, die verkürzt gearbeitete Zeit (34 Stunden) durch sechs Tage zu teilen und das Geleistete dann mal die Ferientage zu nehmen, die jeder einzelne zu beanspruchen hatte. Dadurch hätte die Belegschaft rund 217 Stunden und 300 1/4 Mark zu wenig an Ferien und Entschädigung erhalten. Der Schlichtungsausschuß zu Weisenfels stellte hierzu am 14. Juni 1923 folgenden Spruch:

Die verkürzte Arbeitszeit bleibt auf die Dauer der Ferien ohne Einfluß.

Gründe: Der Schlichtungsausschuß vertritt einstimmig den Standpunkt, daß der § 9 des in Betracht kommenden Mantelvertrages, Fortzahlung des tarifmäßigen Stundenlohnes, nur so verstanden werden kann, daß der Bezahler für die Ferientage der im Regelfalle, d. h. für acht Stunden, zu zahlende Lohn zugrunde zu legen ist. Wollte man der von der Antraggegnerin vertretenen Ansicht beipflichten, so würde sich daraus die Konsequenz ergeben, daß beispielsweise in Zeiten, in denen Überstunden geleistet werden, die Arbeitgeber verlangen könnten, nach diesen Löhnen für die Ferientage entschädigt zu werden.

Der von der Antraggegnerin angelegene Vergleich des Reichsarbeitsministers vom 2. September 1920 liegt einmal lange Zeit zurück, betrifft auch entschieden nicht ganz einen analogen Fall, wäre aber auch für den Schlichtungsausschuß nicht bindend.

In derselben Streitsache klagte die Belegschaft der Gusswerke G. m. b. H. in Weisenfels beim Schlichtungsausschuß zu Altenburg. Hier der Spruch:

Die bereits gezahlte Arbeitszeit bleibt auf die Gewährung der Ferientage ohne Einfluß.

Gründe: Die Bestimmungen bezüglich der Gewährung von Ferien unter Fortzahlung des Lohnes sind getroffen unter Berücksichtigung der regelmäßigen Arbeitszeit, nicht verkürzter, die doch nur aus vorübergehender wirtschaftlicher Notlage herorgeht. Der Arbeitnehmer hat sich die Ferien ja nicht nur durch eine Arbeitszeit von Wochen, sondern von mindestens einem Jahr erworben. Die Erfüllung des Anspruches auf Ferien kann ja nicht für jeden Arbeiter im Betriebe eine andere sein, denn ein jeder hat das gleiche Recht darauf, ohne Rücksicht auf die zur Zeit des Urteils vorübergehend anders geartete Arbeitszeit.

So, wie diese Sprüche ausgefallen sind, waren sie zu erwarten. Wäre eine andere Entscheidung gefallt worden, so hätten ohne Zweifel die Schlichtungsausschüsse sich eine gründliche Vertiefung der Verhandlung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1923 zu schaden kommen lassen. Rich. Dietrich (Jett).

Internationale Arbeiterbewegung

Joseph Bombok †

Unsere österreichische Bruderorganisation hat einen schweren Verlust erlitten. Der erste Sekretär, Joseph Bombok, ist am 17. Juni einer schweren Krankheit erlegen. Acht Monate lang trug er eine Krankheit in sich herum, ohne daß es den Ärzten gelang, die Art dieser Krankheit festzustellen und Abhilfe zu schaffen, so daß es langsam dahinsinken mußte, bis der Tod ihn von seinem Leben erlöste. Es ist für einen 42jährigen Gewerkschaftsführer ein ganz grautesames Geschick, wenn er sich von den Pflichten gelassen läßt, für seine Arbeitskollegen zu wirken, und es schmerzt ihn furchtbar mehr die Arbeitslosigkeit der Arbeiter, als die eigenen Schmerzen zu fühlen.

Joseph Bombek war eine unermüdete Arbeitskraft und ein echter Volksredner des Wiener Typs. Offen und ehrlich, schlagfertig mit gesundem Humor gewürzt, so kennen ihn unsere österreichischen Verbandskollegen aus seiner Tätigkeit. Infolge seiner Eigenschaften war er ein vielbegehrter Redner, so daß er nicht allen Anforderungen Rechnung tragen konnte. Die Verbands-Zeitung Nr. 6, das Verbandsorgan unserer österreichischen Brudervereinigung, schreibt denn auch mit Bezugnahme darauf: „Wenn auch die Ärzte die Ursache des Todes nicht verstehen konnten, wir alle, die Genossen Bombek von Beginn seiner Zugehörigkeit zur Organisation kennen, wissen genau, daß sein Tod zurückzuführen ist auf seine nie erlassende, unermüdete, gegen seine eigene Person rücksichtslose Tätigkeit für den Verband.“ Demnach läge also Überarbeit und als deren Folge allgemeiner Kräfteverfall im besten Mannesalter vor. Hat doch Bombek neben seiner Tätigkeit als Zentralvorstand seiner Organisation sich politisch betätigt, war im Gemeinderat, wurde als Stadtrat gewählt, saß in der Arbeiterkammer und war in sonstigen gemein- und sozialwirtschaftlichen Institutionen tätig.

Joseph Bombek war nach alledem eine unermüdete Arbeitskraft, ein prächtiger Mensch, ein lieber Kollege, dessen Verlust für die Organisation um so schmerzlicher ist, weil sie erst im Jahre 1917 den Tod des damaligen Zentralsekretärs Anton Schrammel zu beklagen hatte. Wir betrauen mit unseren österreichischen Kollegen deren Mißgeschick und drücken ihnen zum Tode ihres Joseph Bombek, der auch uns unvergeßlich ist, unser Beileid aus.

Die Mitgliederzahl des schwedischen Gewerkschaftsbundes.

Ende 1921 umfaßte der schwedische Gewerkschaftsbund 32 Gewerkschaften mit 2783 Abteilungen und insgesamt 252 361 Mitgliedern (226 219 Männer, 26 142 Frauen). Am Ende des Jahres 1922 waren es 33 Gewerkschaften mit 3999 Abteilungen und 300 221 Mitgliedern (274 520 Männer, 27 501 Frauen). Diese Steigerung ist dem Zusammenschluß der Gewerkschaften der Papierarbeiter und der Eisenbahner zu verdanken, deren Organisationen zusammen 51 579 Mitglieder haben. Am Ende des Jahres 1922 gab es 424 Abteilungen mehr als im Jahre 1921. Die Gewerkschaft der Bäcker und Konditoren und die der Fleischer bildeten nach dem Grundsatze der Industriewerkschaft den Verband der Nahrungsmittelearbeiter. Die Gewerkschaften der Hausmacher und der Kürschner haben sich ebenfalls verschmolzen. Wenn man die Mitgliederzahl des Bundes am Anfang 1922 mit der von Ende 1922 vergleicht, kann man feststellen, daß die Zahl der männlichen Mitglieder in dieser Zeit um 41 064 (18,30 v. H.) zugenommen hat, die der Frauen dagegen um 1800 (3,9 v. H.) zurückgegangen ist.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Verbot des Korrespondenzblattes des ADGB.

Die Rheinlandkommission hat das Korrespondenzblatt auf drei Monate für die französische und die belgische Zone des eifelbesetzten Gebietes verboten. Was den Zorn der Kommission erregt hat, ist unbekannt, da die Expedition erst durch das Postzeitungsamt von dem Verbot in Kenntnis gesetzt wurde.

Gewerkschaftliche Steuerkommission.

ADGB, IFA-Bund und ADA haben gemeinsam eine Steuerkommission eingesetzt. Diese gab sich folgendes Rahmenprogramm: 1. Kritik des Geldwertminderungsgesetzes. Die Möglichkeit einer möglichen Umgehung der Steuern an den sich ändernden Marktwert. 2. Schaffung einer wirklichen Quotenbesteuerung durch Einführung der Sachsteuer. Umwandlung des Einkommensteuergesetzes. 3. Die Möglichkeit einer organisierten Einkommens- und Vermögenssteuer. Vereinfachung der derzeitigen Steuern. Vereinfachung des Steuererhebungs- und Einziehungsapparates. Die Steuerkommission beschloß nicht, die neu zu schaffende Steuererhebung paragrafenmäßig vorzubereiten. Sie will jedoch durch die Klärung des gesamten Fragenkomplexes denjenigen Gewerkschaften und Kollegen, die bei der kommenden Steuererhebung mitwirken werden, brauchbare Richtlinien und Ratschläge übermitteln. Die Steuerkommission geht bei der Vorbereitung der einzelnen Fragen jeweils Sachverständige hinzu. Sobald die Arbeit abgeschlossen ist, wird ihr Ergebnis veröffentlicht werden.

Der Deutsche Metallarbeiterverband 1922.

Seine Mitgliederzahl betrug am Jahresende 1 624 354 gegen 1 587 668 im Vorjahr - eine Zunahme von 37 686. Der Rückgangsbetrag des Verbandes verzeichnete an Einnahmen an Beiträgen und an den Beiträgen 1 373 Millionen Mark an Kapitalerträgen 3,3 Millionen, an sonstigen Einnahmen 1 363 Millionen, zusammen 1 909,3 Millionen Mark. In den Lohnkämpfen wurden aus Gewerkschaften und sonstigen Organisationen 2 117 Millionen Mark gebildet. Die gesamten Einnahmen betragen also beinahe 2 1/2 Milliarden. In Ausgaben stehen dem gegenüber für Steuern und Lohnbewegungen 202,3 Millionen, für Erwerbslosen-Unterstützung an Krank- und Arbeitslose 1 05,1 Millionen, für andere Unterstützungsmaßnahmen (Hilfe, Urlaub, Rente, etc.), Gemeinnützigen-Unterstützung und für Rechtschutz) 37 Millionen. Diese Ausgaben sind reichlich durch die rasche Entwicklung des letzten Halbjahres leicht abzudecken. Für Bildungszwecke, denen der Deutsche Metallarbeiterverband besondere Aufmerksamkeit schenkt, wurden 21,3 Millionen Mark angewendet. Der Verband hat im vergangenen Jahre Unterstützung von 17 bis 18 zehntausend Mann für Betriebsratsmitglieder in verschiedenen Betriebsgruppen abgelehnt.

Briefe aus den Jahrestellen.

Regen. Soch klagt das Lied vom braven Mann. Dufanum und Scharlach sind zwei Varianten der Arbeiterbewegung. Aber ich bin nicht nur ein Arbeiter, sondern ich bin ein Mensch. Das ist bestimmt nicht so, und was ich immer von dem Verband und von die Kollegen gelernt hat, wird immer auf Anerkennung anderer Menschen. Jeder denkt so manchmal, wenn er seine Beiträge immer pünktlich zahlt, bei seine Aufgabe erfüllt. In Regensburg sind jetzt der Kollege Sturm. Seit 1918 als Hauskassier tätig war er in jeder Zeit für den Verband auf dem Posten. Ein Krebs- und Lungenerkrankung machte ihn zum zeitigen Ausscheiden. Nach längerer Arbeitslosigkeit bekam er in einer Fabrikarbeit Arbeit. In müde, den langen Weg zu laufen, hat ihn seine Frau die selber krank ist, oft bis zur Fabrik begleitet. In anerkennenswerter Weise haben die Kollegen in der Werkstatt die Arbeit von Sturm mit auf sich genommen. Es ging aber nicht mehr weiter, im November legte er sich hin und schloß in langsam zu Ende. Immer wieder wurde er mit Krankheitsurlaub unterstützt und nach einige Tage vor seinem Tode sammelten die Regensburger Kollegen über 300 000 Mk. für ihn.

Die größte Not konnte wieder gelindert werden. Trotzdem er sein Leben lang gekämpft hatte, stehen die Angehörigen verarmt an seiner Bahre. Aber auch hier griff der Verband ein und übernahm die Kosten der Beerdigung. Für einen verdienten Kämpfer zahlt jeder gern. Nicht nur Geldemittel mit dem Munde, sondern mitleidige Mitarbeiter sind immer erkannt und anerkannt worden.

Mannheim. Paul Wonneberger ist am 30. Juni verstorben. Von Beruf Gummiarbeiter, trat der Verbundene nach dem am 29. Juni 1890 die Gründung des Verbandes der Fabrikarbeiter zu Hannover beizutreten war, bereits am 1. August 1890 seiner Berufsorganisation bei und gehörte dieser ununterbrochen bis zu seinem Lebensende an. In Wonneberger verlor die Zahlstelle Mannheim nicht nur das älteste, sondern ein bis zum Lebensende für den Verband wertvolles Mitglied. In der Friedenszeit bei der Rheinischen Gummi- und Zellulosefabrik beschäftigt, gelang es der ruhigen, aber zähen und zielbewußten Arbeit Wonnebergers, dem Verbands ununterbrochen neue Mitkämpfer zuzuführen. Wonneberger blieben durch seine politische und gewerkschaftliche Zugehörigkeit Entbehrungen nicht erspart, trotzdem war niemand in der Lage, seine Überzeugung brechen zu können. Mögen sich unsere Mitglieder unserer Vorkämpfer als Beispiel nehmen und mit gleicher Fähigkeit und Ausdauer mitkämpfen an der Befreiung der Arbeiterschaft aus wirtschaftlicher Knechtung. Paul Wonneberger werden wir ein dauerndes Gedächtnis bewahren.

Rundschau.

Eine Geschichtstabelle des Achthundentages.

Einem Aufsatz Lajo Brentanos (in dem er sich gegen die arbeitserfindliche Schwankung richtet, die heute einige deutsche Sozialpolitiker mit Professor Herkner an der Spitze durchmachen) entnehmen wir eine Zusammenstellung der Daten, die die rasche Verbreitung des Achthundentages seit Kriegsausbruch vor Augen führen. In den ersten Kriegsjahren sind es die vom Krieg wenig betroffenen zentral- und südamerikanischen Staaten, die das Gesetz einführen. In den Jahren 1917 und 1918 sind es die revolutionären Länder von Ost- und Mitteleuropa. Im Jahre 1919 - fast das gesamte westeuropäische Festland. Wir lassen diese „Geschichtstabelle“ folgen:

- 29. Oktober 1914: Panama;
- 17. November 1915: Uruguay;
- 4. September 1916: Ecuador;
- 31. Januar 1917: Mexiko;
- 22. Januar 1917: Portugal;
- 7. November 1917: Rußland;
- 27. November 1917: Finnland;
- 14. August 1918: Norwegen;
- 15. November 1918: Deutschland (Abkommen zwischen der gesamten Arbeiterschaft und der Unternehmerschaft, später durch Verordnung gesichert);
- 23. November 1918: Polen;
- 14. Dezember 1918: Ungarn;
- 19. Dezember 1918: Österreich;
- 19. Dezember 1918: Tschechoslowakei;
- 8. Januar 1919: Jugoslawien;
- 23. August 1919: Frankreich;
- 27. Juni 1919: Schweiz;
- 1. Oktober 1919: Spanien;
- 17. Oktober 1919: Schweden;
- 29. Oktober 1919: Internationale Konferenz in Washington (die Washingtoner Beschlüsse sind durch Griechenland, Rumänien, Bulgarien, die Tschechoslowakei und Indien ratifiziert worden).

In England ist der Achthundentag durch Tarifverträge gesichert; in Eisen- und Stahlgewerbe besteht er seit 1905, im Bergbau ist gesetzlich der Siebenhunderttag garantiert. - In den Vereinigten Staaten von Amerika besteht seit dem 1. Januar 1917 ein Achthundentag gesetzlich für die wichtigsten Eisenbahnen, und im Laufe des Jahres 1918 hat sich der Achthundentag im gesamten Eisen- und Stahlgewerbe durchgesetzt. Diese Übersicht zeigt, wie unangebracht die von den Unternehmern jedes einzelnen Landes erhobenen Klagen über ihre Konkurrenzunfähigkeit als Folge des Achthundentages sind.

Wirkung des Achthundentages auf den Alkoholverbrauch.

Seit 1919 hat das französische Arbeitsamt Erhebungen über die Nutzung der Freizeit der Arbeiter angestellt. In Verbindung damit wurde festgestellt, ob die Verkürzung der Arbeitszeit die Arbeiter veranlaßt, längere Zeit in Schenken zuzubringen, und ob die Trunksucht zugenommen hat, da während der Verhandlungen über das Achthundentagesgesetz diesbezügliche Befürchtungen geäußert wurden. Die Erhebungen ergaben jedoch eine entschiedene Abnahme des Alkoholverbrauchs bei der Arbeiterschaft, die durch die Arbeitszeitverkürzung veranlaßt wurde, mehr als früher ihr Interesse an Feiern, am Sport, an der Berufsbildung und an Bibliotheken zu nehmen. Zur Abnahme des Alkoholverbrauchs beigetragen hat außerdem die bedeutende Preiserhöhung alkoholischer Getränke, das Verbot der Herstellung und des Verkaufes von Wein, das Verbot der Einführung neuer Schenken, die Verkürzung der Ertrags bei öffentlicher Trunkenheit usw., wie die Propagandatätigkeit durch Schulen und Arbeiter- und Unternehmern-Organisationen. Das Fortbleiben von der Arbeit an Montag und nach Feiertagen ist seltener geworden, und das allgemeine Verhalten der Arbeiter, namentlich der jugendlichen, hat sich gebessert. Die Disziplin in den Betrieben ist seit Einführung der achtstündigen Arbeitszeit besser als sie vordem war.

Die Dezentralisation in der Industrie.

Die Konzentration des Kapitals in wenige Hände schreitet in allen Teilen der Welt mit Riesenschritten vorwärts und gleichzeitig damit die ständige Konzentration der Betriebe. Neben der Verflechtung der Industriemagnaten über zahlreiche Betriebe vom Rohstoff bis zum Fertigprodukt (vertikale Konzentration) herrscht aus technischer Ursache das Bestreben vor, die verschiedenen Betriebe stichlich zu vereinigen, was die Transportkosten und den mit dem Transport verbundenen Zeitverlust zu ersparen. Deshalb werden z. B. aus Rücksicht auf den Standort der Naturkräfte neben den Erzeugern Häfen errichtet, neben den Wäldern Papierfabriken usw. und selbst innerhalb des Betriebes werden die Maschinen in einer Weise angeordnet, daß bei größter Arbeitsleistung die verschiedenen Stadien der Produktion ohne Zeitverlust durchgeführt werden können.

Diese Konzentration der Betriebe ist jedoch nicht das letzte Wort der hochkapitalistischen industriellen Entwicklung. Der bekannte Industriemagnat Henry Ford, der reichste Mann Amerikas und Eigentümer riesiger Industriebetriebe, schildert in seinem jüngst erschienenen Buch: „Mein Leben und mein Werk“ (My life and work) die neue Phase der Entwicklung, welche in einer Dezentralisation - Auseinanderlegung - der Betriebe besteht. Ford schreibt im Geiste des Hochkapitalismus und obwohl er volkswirtschaftlich nicht geklärt ist, sind seine Ausführungen schon mit Hinblick auf seine Rücksicht auf die amerikanische Industrie beachtenswert. Er ist der größte Arbeitgeber Amerikas, sein Besitz umfaßt Fabriken, Eisenbahnen, Flüsse, Kanäle, Kohlen- und Erzgewinnung, Gärwerke, landwirtschaftliche Betriebe, er ist im Begriff, in Südamerika Gebiete zu erwerben, die die größte Wasserkraft Amerikas liefern sollen; schätzungsweise werden allein auf diesem Gebiet in ein Jahrzehnt über eine Million Arbeiter Beschäftigung finden.

Ford schreibt: „Der Glaube, daß ein Industrieland seine Industrien konzentrieren muß, ist nach meiner Ansicht nicht begründet. Es ist nur eine Stufe in der industriellen Entwicklung.“

Je besser wir über den Herstellungsprozess unterrichtet sind, unter desto besseren Bedingungen können Einzelteile, vom Produktionsstandpunkt aus, hergestellt werden. Ein Zusammenfluß von kleinen Betrieben, von denen jeder nur einen Teil des Fertigprodukts herstellt, wird billiger arbeiten als ein Riesenterrennen. In einem solchen Falle wie in River Rouge müssen wir die Gewinnung und Bearbeitung des Metalls verbinden und alle verfügbare Kraft ausnützen. Das verlangt einen ausgedehnten Betrieb und ein großes Angebot von menschlichen Arbeitskräften an einem Ort. Aber solche Kombinationen sind Ausnahmen, keine Regel, und nicht schwerwiegend genug, um den Zusammenbruchprozess der industriellen Konzentration aufzuhalten. Hochentwickelte Industrien mit weitgehend durchgeführter Arbeitsteilung brauchen nicht länger in großen Betrieben zusammengefaßt zu sein mit all den Transport- und Unterbringungserschwerlichkeiten, die diesen naturgemäß anhaften. Tausend oder fünfhundert Mann sind ausreichend für den Einzelbetrieb.“

Geheimsprachen.

Stefan George hat sich, seinem Biographen Gundolf zufolge, jahrelang immer wieder Geheimsprachen mit eigenem Laut- und Wortschatz ausgedenkt. Sehr bezeichnend für den priesterlichen Dichter, der oft genug, auch wenn er sich der üblichen Redeweise bedient, nur dem Eingeweihten verständlich ist. Wie schade, daß uns Gundolf in seiner eindrucksvollen Würdigung keine Proben der Georgischen Geheimsprachen mitgeteilt hat! Aber auch ohne diese bewußt geschaffenen Gebilde näher zu kennen, möchten wir kühn behaupten, daß sie lediglich aus Elementen vorhandener, sei es lebender, sei es toter Sprachen zusammengesetzt waren. Der einzelne Mensch, selbst der sprachgewaltigste Dichter, ist in der eigentlichen Sprachschöpfung außerordentlich beschränkt; das zeigen gerade die Geheimsprachen, aber die man sich aus dem Neuen Brockhaus genauer unterrichten kann. So verschieden sie im einzelnen auch sein mögen, immer handelt sich doch nur um bestimmte, mehr oder minder willkürliche Umbildungen des uns geläufigen oder fremden Sprachguts. Jede Geheimsprache ist eine künstliche Sprache, und alle künstlichen Sprachen, auch die sogenannten Weltsprachen, wie Volapük, Esperanto, Ido usw., sind durch Kombination und Vereinfachung mehrerer wirklich vorhandener Einzelsprachen entstanden. Aber den Wert dieser Sprachen soll nicht nichts ausgegast sein, nur die Tatsache selbst sollte festgesetzt werden: es gibt keine Sprache, deren Zusammenhang mit dem einst oder jezt umlaufenden Sprachfluß nicht nachweisbar wäre. Mit Recht hat Jacob Grimm erklärt, die Tradition sei untrennbar vom Wesen der Sprache. S. W.

Literarisches.

Entwicklungsgeschichte des Weltalls, des Lebens und des Menschen. Dem gegenwärtigen Stand des naturwissenschaftlichen Gesamtforsehens entsprechend kurz zusammenfassend und allgemeinverständlich dargestellt von Hans Wolfgang Behm. Mit vier farbigen Tafeln, 1. ed. und entwicklungsgeographischen Tabelle und insgesamt 1520 Abbildungen auf Vollbildern und im Text. Franckh'sche Verlagshandlung, Stuttgart. Grundpr. gebd. 10,40 Mk.

Werden und Wandel im Weltall. Ursprung und Heimat des Lebensgeschlechtes, Abstammung und Wiege der Menschheit - Fragen aus den Gebieten der gesamten Naturwissenschaft, die in fernen Sünden, beim Wandern durch Wald und Flur, beim Betrachten des Sternenhimmels gewiß schon manchen beschäftigt, manchem unüberwindliche Rätsel aufgegeben haben. In diesen Dingen dem Naturfreund, dem Lehrer und Schüler, dem geistigen und werktätigen Arbeiter Führer und Helfer zu sein, hat sich der bekannte Schriftsteller Hans Wolfgang Behm, der selbst Naturforscher ist, zur Aufgabe gemacht durch Herausgabe seines neuesten Buches „Entwicklungsgeschichte des Weltalls, des Lebens und des Menschen“ (Stuttgart, Franckh'sche Verlagshandlung, Grundpreis gebd. 10,40 Mk.). Aus den nebelhaften Zeiten jener der Uransätze führt Behm den Leser ein in das Milchstraßenproblem, in den Plan des Weltendares, dann zurück zur Mutter Erde, ihren mancherlei katastrophalen Schicksalen, die sie durchmachen mußte, bis sich die ersten Lebensformen zeigten. Mit Schauern wandeln wir mit dem Verfasser auf den Spuren des Vornmenschen, können aber die kulturellen Fortschritte, bewundern im Wandel der Entwicklungsgeschichte die Erzeugnisse der geistigen Menschwerdung in den Höhlenkünstlern der weitberühmten Höhle von Altamira u. a., lassen uns überzeugen, daß über den Typus des Pflanzbauers und Reintierjägers die Entwicklung geradlinig hinauf bis zum Kulturmenschen, dem Beherrscher der Natur, verläuft. So kostet der Mensch Feiertagen seiner Seele und versteht, daß auch er ein wesensgleiches Stück alles naturhaft Schönen und lebendig Sprudelnden ist. Mit seinem reichen Bildmaterial wird das Behm'sche Buch, auch durch seine geschmackvolle ähner Aufmachung, jedem Naturfreund eine wertvolle Bereicherung und Reueinstellung zum Weltganzen bedeuten.

Verbandsnachrichten.

- Von Donnerstag, den 28. Juni, an gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein: -
- Gau 1. Hannover 3 459 108,-, Alzen 830 000,-, Celle 1 000 000,-, Schwarmstedt 800 000,-, Braunschweig 20 000 000,-, Stadtsoldendorf 33 000,-, Hameln 1 591 000,-, Groß-Sülzlingen 700 000,-, Lachendorf 220 000,-, Wolfel 500 000,-, Walstode 1 900 000,-, Münden 1 400 000,-, Osnabrück 1 000 000,-, Hildesheim 1 000 000,-
 - Gau 2. Halle 2 700 000,- und 6 000 000,-, Döherleben 1 000 000,-, Osterburg 300 000,-, Rehdalensleben 120 000,-, Halberstadt 750 000,- und 480 000,-, Egeln 4 000 000,-
 - Gau 3. Eberswalde 1 600 000,-, Oranienburg 1 000 000,-, Groß-Westen 2 000 000,-
 - Gau 4. Fiddichow 1 350 000,-, Zarnhaff 500 000,-, Dömitz 800 000,-, Grabow 1 000 000,-, Bützow 600 000,-, Parchim 800 000,-, Ralsin 3 000 000,- und 1 000 000,-, Labes 75 000,-, Jagnitz 1 300 000,-
 - Gau 6. Liegnitz 1 46 600,- und 1 000 000,- und 800 000,- und 200 000,-, Oberkainzig 580 000,-, Münsenerberg 2 000 000,-
 - Gau 7. Markranstädt 100 000,- und 2300,- und 17 295,-, Dresden 1 868 000,-, Schkeuditz 1 000 000,-, Rostow 2 000 000,-, Leipzig 1 500 000,-, Wargen 500 000,- und 8120,-, Großsch. 800 000,-, Meißen 5 000 000,-
 - Gau 8. Gohja 2 000 000,-, Mühlhausen 100 000,-, Elrich 2 400 000,-, Sonneberg 5 000 000,-, Weißenfels 2 000 000,-, Jena 1 000 000,-, Blankenberg 1 360 000,-, Mühlhausen 160 000,-, Rodach 500 000,-, Ohrdruf 1 500 000,-, Rastenberg 700 000,-, Schwarzja 500 000,-, Waltershausen 5 000 000,-, Gera 2 000 000,-
 - Gau 9. Kromach 300 000,-, Regensburg 3 000 000,-, Hirschhausen 4000,- und 7 000 000,-
 - Gau 10. Freising 700 000,-, Rosenheim 450 000,- und 800 000,-
 - Gau 11. Heilbronn 3 000 000,- und 2 500 000,-, Stuttgart 1 000 000,-, Schwemingen 300 000,-, Grembach 1 000 000,-, Ulm 2 000 000,-, Balingen 600 000,-, Wylgen 1 500 000,-, Sulgan 100 000,-, Ehlingen 4 000 000,-, Pforzheim 1 200 000,-
 - Gau 12. Bruchsal 200 000,-
 - Gau 13. Jaxa 700 000,-
 - Gau 14. Andernach 5 000 000,-, Bendorf 4 000 000,-, Remwed 3 000 000,-, Nammersbach 700 000,-
 - Gau 15. Lübeck 4 000 000,-, Quicksborn 1 000 000,-, Stade 1 000 000,-, Büchen 200 000,-, Flensburg 2 000 000,-
 - Gau 16. Bochum 4 000 000,- und 11 000,-, Essen 1 000 000,-, Duisburg 2 000 000,-, Barmen 4 000 000,-